



Presseerklärung 28.06.2016

Windräder auf dem Taunuskamm

Gefahr für das Wiesbadener Trinkwasser besteht weiterhin /

Bürgerrecht auf Information

Die ablehnenden Bewertungen des Hessischen Landesamtes für Naturschutz Umwelt und Geologie und des Gesundheitsamtes Wiesbaden zum Bau von Windrädern in einem höchst sensiblen Wasserschutzgebiet auf der Hohen Wurzel sind eindeutig. Trotz der eindringlichen Warnungen von renommierten Experten vor möglichen Kontaminierungen des Trinkwassers, wurde das Vorhaben noch immer nicht gestoppt.

Bürgerinnen und Bürger werden zudem nicht angemessen über die Risikosituation informiert. Dem Regierungspräsidium Darmstadt (RP) liegt seit Ende Mai das vom 12. Mai datierte Dokument „Vorsorge- und Vermeidungsmaßnahmen zur Verringerung der potenziellen Grund- und Trinkwassergefährdung beim Bau und Betrieb der geplanten Windenergieanlagen“ des Investors, der ESWE Taunuswind GmbH, vor. Der Verein Rettet den Taunuskamm e.V. hatte mit Bezug auf das Hessische Umweltinformationsgesetz das RP Anfang Juni um Erhalt dieser Unterlage gebeten. Die Antwort des RP lautete, dass die Taunuswind GmbH diese Unterlagen „derzeit erarbeite“. Es ist nicht hinnehmbar, dass der gesetzlich garantierte Zugang zu umweltrelevanten Informationen über Wochen verzögert wird.

Wie schon Professor Wolfgang Merkel, Experte für Wasserversorgung und Grundwasserschutz, bei einem Erörterungstermin vor dem RP klarstellte, gibt es keine Maßnahmen, die dazu geeignet wären, ein Kontaminierungsrisiko auszuschließen. Der Investor kann diese begründete Warnung mit seinem nachgereichten Maßnahmenkatalog in keiner Weise widerlegen.

Die Ablehnung des Vorhabens wäre spätestens jetzt überfällig gewesen. Stattdessen wurde die Entscheidung um drei Monate vertagt.

Offensichtlich ist der politische Druck zur Durchsetzung dieses höchst umstrittenen Vorhabens so groß, dass demokratische Verfahrensweisen und rechtliche Vorgaben nicht eingehalten werden.

Der Verein Rettet den Taunuskamm e.V. hat sich deshalb nun mit einem Brief an den Ministerpräsidenten Volker Bouffier gewandt und ihn darin aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im weiteren Verfahrensverlauf demokratische Grundsätze und Bürgerrechte eingehalten werden.